

AMNESTY INTERNATIONAL

Presse

Mag^a Gesine Schmiedbauer

Moeringgasse 10, 1150 Wien

Mobil: +43-0664-400 10 56

gesine.schmiedbauer@amnesty.at

www.amnesty.at



PRESSEINFORMATION

Jahresbericht 2012: Österreich

SPERRFRIST 23. Mai 10:01 Uhr

Grundrechtseingriff & Rechtsschutz: Ein österreichisches Missverhältnis Amnesty ortet gefährliche Fehlentwicklungen

Anlässlich der Vorstellung des Jahresberichts 2012 kritisiert Amnesty International das zunehmend gefährliche Missverhältnis von Grundrechtseingriffen und Rechtsschutz in Österreich - besonders im Bereich des Asylrechts- und Fremdenrechts, des Sicherheitspolizeigesetzes und der Vorratsdatenspeicherung. Der Versuch, mit einer rechtsstaatlich bedenklichen Neufassung des § 112 StPO das Berufsgeheimnis von Journalisten und Anwälten auszuhebeln, war heuer bereits in den Schlagzeilen.

„Wir beobachten seit einiger Zeit eine Abkehr vom klassischen Rechtsprinzip ‚*Was nicht gesetzlich verboten ist, ist erlaubt*‘ zu einem ‚*Was der Staat nicht ausdrücklich gestattet, ist jedenfalls verdächtig*‘“, stellt Heinz Patzelt, Generalsekretär von Amnesty International fest und fordert: „Jedem Grundrechtseingriff muß ein mehr an Rechtsschutz beigegeben werden. Wer dagegen den Grundrechtsschutz auch noch weiter aushöhlt, rüttelt an den Grundfesten des Rechtsstaats.“

Bezeichnend für diese Entwicklung ist laut Patzelt die Haltung des Wiener Polizeipräsidenten anlässlich des 18. Juristentages: Er beklagte sich darüber dass ‚*echte nachrichtendienstliche Tätigkeiten in der bestehenden Gesetzeslage kaum ihr Abbild finden*‘, weil auch in der neuen erweiterten Gefahreneerforschung das Ausspähen und Aktensammeln bei Einzelpersonen erst beim Vorliegen eines Anfangsverdachts beginnen dürfe. „Da kommt menschenrechtliche Gänsehaut auf“, kommentiert Patzelt.

Weitere Kritikpunkte im weltweiten Jahresbericht 2012 von Amnesty International an Österreich betreffen das Fehlen eines Antifolterparagrafen im Strafgesetzbuch, die Schubhaft für Jugendliche, Mängel bei der Bekämpfung von Rassismus und polizeiliches Fehlverhalten in einigen Fällen.

Positiv zu verzeichnen ist, dass es im Folterfall Bakary J. endlich erste Fortschritte gibt: Sechs Jahre nachdem Bakary J. von Polizisten in einer Lagerhalle gefoltert worden war, wurden die beteiligten Polizisten endlich rechtskräftig entlassen. Der Sprecher der Innenministerin kündigte an, dass man als nächsten Schritt mit dem Folteropfer persönlichen Kontakt aufnehmen werde.

Amnesty begrüßt diese Ankündigung, und weist darauf hin, dass eine Entschuldigung für das erlittene Unrecht jedenfalls von einem substantiellen finanziellen Entschädigungsangebot des Staates und der langfristigen Sicherung des Aufenthaltsrechtes begleitet sein müssen, um eine wirksame menschenrechtliche Wiedergutmachung gegenüber Bakary J. und seiner Familie sicherzustellen.

*Für alle weiteren Informationen wenden Sie sich bitte an:
Mag.^a Gesine Schmiedbauer: 0664-400 10 56*

AMNESTY INTERNATIONAL ist eine von Regierungen, politischen Parteien, Ideologien, Wirtschaftsinteressen und Religionen unabhängige Menschenrechtsorganisation. Amnesty kämpft seit 1961 mit Aktionen, Appellbriefen und Dokumentationen für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen auf der ganzen Welt. Die Organisation hat weltweit mehr als drei Millionen Unterstützer. 1977 erhielt Amnesty den Friedensnobelpreis.